



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Todes- und Beisetzungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Die Sabotage des Tarifvertrags.

Wie wenig die Voraussetzungen zu einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern — worüber Dr. Sivoberg in Vertretung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie kürzlich gesprochen hat — gegeben sind, dafür zeugen die dauernden Angriffe der Unternehmer auf Tarifvertrag und auf das eng damit verknüpfte Schlichtungswesen. Im Tarifvertrag kommt der neue soziale und kollektivistische Gedanke am stärksten zum Ausdruck, der soziale Gedanke: der Schutz des Schwachen gegen die Übermacht des Bestehenden Starke, und der Kollektivistische: das Entstehen der Gesamtheit für den einzelnen, in dessen Vertretung der Arbeitsvertrag vom einzelnen Arbeiter oder Unternehmer unabhängig abgeschlossen wird. Die Existenz und die Machtentfaltung der Gewerkschaften als Träger der neuen sozialen Entwicklung ist mit dem Tarifvertragswesen aufs engste verknüpft; ohne Gewerkschaften keine wirksamen Tarifverträge, ohne Tarifverträge keine starken Gewerkschaften.

Wenn nun die Unternehmer ihre Angriffe gegen den Tarifvertrag in jeder Form führen, so verlassen sie dauernd gegen das Gesetz und gegen die Absichten des Gesetzes und der Reichsverfassung. Dies tun sie ja oft unverblümt und ohne einen Deckmantel zu suchen, indem sie in vielen Fällen ihre Mitglieder einfach auffordern, keine Tarifverträge abzuschließen, bzw. diese nicht zu erfüllen, ein Vorgehen, das jüngst vom Stettiner Landesgericht als gegen die guten Sitten verstößend bezeichnet wurde. Der Kampf der Unternehmer geht nicht nur um die Auslegung oder Ausgestaltung der gesetzlichen Einrichtungen des Tarifvertrags- oder Schlichtungswesens, sondern um den Tarifvertrag überhaupt. Sie sabotieren, um uns des Ausdrucks Professor Erdels aus dem Kongress des Bundes technischer Angestellter und Beamten zu bedienen, sowohl den Tarifzwang als den Zwangstarif, d. h. sie wollen weder unabhängbare Tarifverträge mit den Arbeitern abschließen, noch sich im Schlichtungswesen dem Schiedspruch, der verbindliche Tarifverträge schafft, unterwerfen. Was letzteres anbelangt, so gibt es allerdings auch im Lager der Arbeiter Feinde des Zwangstarifs, der behördlichen Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, und die Meinungen darüber, ob diese Einrichtung in der gegenwärtigen Form weiter bestehen soll, gehen auseinander. Das Vorgehen der Unternehmer bedeutet jedoch die Nichtbeachtung von bestehenden Gesetzen, deren Sinn schließlich der Schutz der Schwachen sein soll (wenn auch diese Gesetze in der Praxis der Schlichtungsausschüsse oft ein anderes Gesicht gewinnen) und deren Bedeutung daher vor allem in Zeiten der Wirtschaftskrise groß ist.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise steigert infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit die Macht der Unternehmer, so daß sie den Tarifvertrag mißbrauchen können. (Prof. Erdel erwähnte die neuerdings vorkommende und besonders verwerfliche Verwendung der Kurzarbeit als Strafmittel für die tariftreuen Arbeiter und die Schwierigkeiten bei der Wiedereinstellungsklausel im Kampfabendigungsabkommen.) In Zeiten der Wirtschaftskrise ist aber der gesteigerte Schutz der Arbeiter doppelt wichtig, weil eben in solchen Fällen ihre Widerstandskraft geringer ist. Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse kommen ja im Tarifvertrag zugunsten der Unternehmer ohnehin zum Ausdruck, ja, es kann auf die besondere Notlage einzelner Betriebe durch tarifliche Ausnahmebestimmungen im Tarifvertrag selbst Rücksicht genommen werden. Es ist aber ein gewaltiger Unterschied, ob die Unternehmer die „Ausnahmen“ eigenmächtig oder auch in sogenannten „freien Verträgen“ festsetzen, oder ob die Ausnahmen im Tarifvertrag anerkannt sind und damit unter Kontrolle der Gewerkschaften stehen, die gegen ihre ungerechtfertigte Anwendung beim Schlichtungsausschuß Einwendungen erheben können.

Neben der offenen Sabotage des Tarifvertrags- und Schlichtungswesens spielt aber der von den „ge-

wandten Syndikati“ der Unternehmerverbände geführte verfechtete Kampf gegen Tarifzwang und Zwangstarif eine noch größere Rolle. In dem Vortrag von Professor Erdel, den er auf dem jüngst abgehaltenen Kongress des Bundes technischer Angestellter und Beamten hielt, wurden die juristischen Mittel und Wege, durch die man dem Tarifvertrags- und Schlichtungswesen Schwierigkeiten zu machen sucht und die durchweg als geschwätzig bezeichnet werden können, in anschaulicher Form zur Darstellung gebracht. Deren gibt es eine große Anzahl. So gut man auch weiß, daß die juristischen Kniffe der Unternehmer nur von Bedeutung sind, wenn sie bei den Gerichten ein williges Ohr finden, so ist es nichtsdestoweniger lehrreich, sie zu kennen, werfen sie doch ein helles Licht auf das Verhalten der Unternehmer. Im folgenden sollen diese Kniffe im Anschluß an den Vortrag von Prof. Erdel kurz geschildert werden. Die Anwendung dieser Mittel ist den Unternehmern deshalb leicht, weil die Gewerkschaften, wenn sie auch dagegen auftreten, dies nur im Namen des Mitgliebes, dem Unrecht widerfahren ist, tun dürfen. Dieses scheut sich aber besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise, hervorzutreten und die Mitwirkung der Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen, weil es begrifflicherweise Angst vor der Rache des Unternehmers, vor der Entlassung hat. Die Betriebsvertretung kann die Entlassung eines solchen Arbeiters nicht verhindern, wenn nur der Unternehmer die vorgeschriebene Entschädigung zu zahlen bereit ist. Zudem gibt es nur in großen Betrieben Betriebsräte. Solange als die Gewerkschaften nicht im eigenen Namen auftreten dürfen (wozu sie, wenn auch nicht gegen den Willen des betreffenden Arbeiters, nach Prof. Erdel ermächtigt werden sollen), kann der Unternehmer seine Machenschaften zur Umgehung des Tarifvertrags viel leichter durchführen.

Als juristische Mittel gegen den „Tarifzwang“ werden folgende in Anwendung gebracht: a) Der Abschluß außertariflicher oder „freier“ Arbeitsverträge für sogenannte „Wirtschaftsabkommen“. Es erübrigt sich, darüber zu reden, daß solche „freie“ Abkommen gegenüber den Tarifverträgen nicht erlaubt sind. Der Sinn der Tarifverträge, ihre Unabhängbarkeit, d. h. der Grundsatz, daß sie nicht durch „freie“ Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern umgangen werden dürfen, würde bei der Zulassung von „freien“ Vereinbarungen zwischen einzelnen Arbeitern und Unternehmern aufgehoben.

Wir wissen wohl, was der „freie“ Vertrag für den Arbeiter, zumal in Zeiten der Notlage, bedeutet. Wurzelt doch der Tarifgedanke in der Erkenntnis, daß eine solche Freiheit auf der Seite des einzelnen Arbeiters nicht vorliegen kann. b) Bei bestehendem Tarifvertrag zahlen die Unternehmer untertariflich, und die Arbeiter finden sich unter dem Druck der Verhältnisse damit ab, obwohl sie die Tariffälle kennen. Der Unternehmer meint, daß es ihm Zeit genug ist, die Tarifbedingungen zu erfüllen, wenn der Arbeiter oder seine Gewerkschaft den Anspruch darauf geltend machen. Er will dann aber nur für die Zukunft Tarifföhne zahlen, für die Zeit jedoch, wo er untertariflich bezahlt hat, schürt er einen Vorwitz des Arbeiters auf Tarifföhne vor. Es ist jedoch unsinnig, dem Arbeiter zuzumuten, seinen verdienten Tariflohn dem Unternehmer freiwillig zu schenken. Vielmehr liegt es auf der Hand, daß der Arbeiter nur in Zwangsangelegenheiten untertarifliche Löhne annehmen hat. c) Der Tarifvertrag verbietet bekanntlich Verschlechterungen zugunsten des Arbeiters, erlaubt jedoch außertarifliche Verringerungen zu dessen Gunsten. Der Unternehmer behauptet nun, daß er mit Rücksicht auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse nur bei untertariflichen Löhnen und Gehältern seinen Betrieb aufrechterhalten könne. Für den Arbeiter bedeutet aber das Behalten der Stelle „günstigere“ Arbeitsbedingungen, als wenn er sie verliere und arbeitslos werde. Deshalb stellen untertarifliche Löhne „günstigere“ Arbeitsbedingungen dar als Tarifföhne. Die Begründung ist logisch und juristisch vollkommen unhaltbar. Ihre Ein-

bürgerung in die Rechtspraxis würde das Aufhören des Tarifvertrages in Krisenzeiten, wo er am meisten not tut, bedeuten. d) Um das Zustandekommen eines richtigen Tarifvertrages mit der Gewerkschaft zu vereiteln, sind die Unternehmer vielfach bestrebt, Werttarife bzw. Werkvereinbarungen mit den im Betrieb beschäftigten Arbeitern als einer Einheit abzuschließen. Auch dieses Vorgehen steht mit dem Tarifrecht durchweg in Widerspruch. Der Gesetzgeber dachte, als er das Tarifrecht geregelt hat, offenbar nur an die Gewerkschaften als Träger der Tarifverträge. Der Betriebsrat als Vertreter des Betriebes kommt zum Abschluß eines Tarifvertrages um so weniger in Frage, als ein vom Betriebsrat abgeschlossener Tarifvertrag nicht unabhängig wäre. Allerdings wäre es richtig, wenn es im Gesetz klar gesagt würde, daß zum Abschluß von Tarifverträgen auf Seiten der Arbeiter allein die Gewerkschaften berechtigt sind.

Von den juristischen Spießindigkeiten zur Vermeidung des Zwangstarifs, der im Schlichtungswesen zustande kommen soll, sind folgende zu nennen: a) Die Unternehmerverbände erklären in ihren Satzungen, daß ihre Mitglieder Tarifverträge nicht oder aber nur für bestimmte Gebiete oder Gruppen von Arbeitern abschließen dürfen, d. h. sie führen eine gewünschte Tarifunfähigkeit herbei. Indessen braucht, richtig ausgelegt, eine derartige Satzung nicht respektiert zu werden, weil der Abschluß von Tarifverträgen zum Wesen der Unternehmerverbände gehört, das in den Satzungen nicht abgestreift werden kann. Auch aus der Reichsverfassung geht die Richtigkeit dieser Auffassung klar hervor. b) In der neuen Schlichtungsverordnung findet sich der zufällige Ausbruch, daß die Schlichtungsbehörden zur Schaffung des Tarifvertrages „Hilfe leisten“ sollen. Ein Kniff der Unternehmer ist nun, zu behaupten, daß „Hilfe“ nur „geleistet“ werden kann, wenn sie angerufen wird. Falls also die Unternehmer keine Hilfe, d. h. überhaupt keinen Tarifvertrag wünschen, habe das Schlichtungsverfahren keinen Platz. Indessen besteht kein Zweifel darüber, daß der Ausdruck „Hilfe leisten“ nur den freundlichen Charakter der Einmischung betonen soll, und man kann unmöglich annehmen, daß die neue Schlichtungsverordnung die frühere in so entscheidender Weise abschwächen sollte, ohne dies ausdrücklich zu sagen. Die Absicht des Gesetzgebers ist ohne Zweifel eine andere gewesen.

Wie soll nun diesen Übeln abgeholfen werden? Vor allem kommt die gesetzliche Regelung, die durch klare und einwandfreie Bestimmungen die hier geschilderten Mißbräuche der Unternehmung ausschließt, in Betracht. Eine solche Regelung ist unbedingt anzustreben. Man weiß aber wohl, wie langsam die Gesetzgebungsmaschinerie arbeitet und wie viele politische Hindernisse der Schaffung eines neuen Gesetzes im Wege stehen. Deshalb wird es noch lange Zeit dem eigenen Ermeßen der Gerichte überlassen bleiben, diese Mißbräuche zu verhindern. Zu diesem Zweck taugt aber die bestehende Gerichtsverfassung nicht. Daher empfiehlt Prof. Erdel den Gewerkschaften die dringliche Schaffung der neuen Arbeitserichte, die Wahrung der Selbständigkeit dieser Gerichte und die Benutzung der Erfahrungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu fordern. Der Kongress des Bundes technischer Angestellter und Beamten war sich, als er sich diesem Vorstoß und den übrigen Leitungen Prof. Erdels anschloß und Maßnahmen gegen die Umgehung der Tarifverträge forderte, dessen bewußt, daß es sich hier nicht nur um Rechtsfragen, welche allein die Gesetzgebung und die Gerichte angehen, handelt. Er betont daher in seinem Entschluß, daß es sich beim Kampf um die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Tarifverträge und des Schlichtungswesens nicht nur um eine Rechts-, sondern vor allem um eine Machfrage handelt, die nur durch Leistungen der Gewerkschaften zugunsten der Arbeiterschaft entschieden werden kann. Diese Worte geben die richtige Kennzeichnung des Tarifrechtsproblems. In der Tat ist und bleibt das

wichtigste Mittel, den Tarifvertrag als Grundpfeiler des neuen sozialen und kollektiven Rechts auszugestalten und zu befestigen, der Ausbau und die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter.

## Freiheit oder Ketten?

„Arm und reich“, zwei begriffliche Unterschiede in den Verhältnissen, regeln das Leben der Menschen und zwingen sie willkürlich in Bahnen, die der Befähigung, Gerechtigkeit und Natürlichkeit widersprechen. Im Interesse „kapitalistischer Ordnung“ werden sie allerdings zu Faktoren gestempelt, die — gottgewollt — ewigen Charakter tragen und deshalb, solange Menschen auf der Erde existieren, auch die Verhältnisse und das Leben derselben bestimmen müssen. Sie sind die Grundpfeiler einer Moral, die als vorbildlich und fortgeschritten bezeichnet, in Wirklichkeit „Wider Sinn“ ist, der seine einzige Stütze in abgelebten dogmatischen Phrasen findet. Eine solche ist auch die Behauptung vom „ewigen Krieg“, die im schreiendsten Widerspruch steht zu der Lehre „der Liebe unter den Menschen“.

Die Entwicklung auf Erden aber schreitet — wenn auch unmerklich — fort und der berufene Menschengeist, dem das gegebene Mittel zum Zweck ist, „Besseres an Stelle des überlebten Alten“ zu setzen, läßt sich weder ausschalten noch beeinflussen. — In diesem Bestreben wieder unterführt von Erregungseigenschaften wissenschaftlichen Fortschritts, die scheinbar eine Stütze, in Wahrheit aber die Unterminierung des baubrüchigen Gebäudes überholter Anschauungen bedeuten. Und so ist insbesondere der Krieg, der durch die sich stetig steigende Furchtbarkeit seiner Waffen sich selbst das Grab bereitet, der Vorläufer einer kriegslosen „friedlichen“ Epoche.

Die Furie wahnsinnigen Völkerverhaßes und blindwütiger Vernichtung, die durch den Macht- und Goldhunger und die dadurch ausgelösten Maschinenationen menschlicher Bestien und ihren Anhang egoistischer und feiger Sklavenseelen stets neue Nahrung zugeführt erhält, ist im Erlöschen. Der schiebsgerichtliche „völkerverhöhende“ und Einigung bewirkende Gedanke marschiert.

In industriellen Kreisen ist man sich schon lange bewußt, daß der Krieg als Geschäft und Mittel zum Zweck, die Massen der verschiedenen Völker und Nationalitäten in politischer und damit wirtschaftlicher Hörigkeit zu erhalten, binnen kurzem der Vergangenheit angehört haben wird, und sucht deshalb neue Wege, um den für sie unerträglichsten Zustand „materialistischen Paradieses“ auch für die Zukunft zu sichern. Alle Mittel sind ihnen recht und so soll der bestehenden „internationalen“ kapitalistischen Interessengemeinschaft und Verbrüderung diejenige der industriellen Unternehmungen folgen. Sie ist bestimmt, in internationalen Trusten und Kongernen einen Wall aufzurichten, an dem der Ansturm der zum Bewußtsein ihres Menschseins erwachenden Massen der Schaffenden zerfällt. Sie sollen zermürbt und in die ihnen zugewiesene Rolle von Arbeitstieren zurückgedrängt und veranlaßt werden, im Unternehmen den Wohlthäter zu sehen, der ihnen überhaupt erst die Möglichkeit der Existenz gibt. Die Absicht also ist, „Verhältnisse“ zu schaffen, die der nationalen Hörigkeit heutiger Zeit in ihrer materialistischen Einstellung in nichts nachgeben, sondern sie gegenteilig übertrumpfen. Der schaffende Mensch würde dann zum Objekt, das man je nach Bedarf am Lager hält, austauscht oder auf den Kehricht wirft.

Der internationale Verständigungswille der schaffenden Kreise, der so indirekt eine neue Gefahr heraufbeschwört, wenn sich dieser nicht die Einigkeit und Entschlossenheit der Massen entgegenstellt, wird

auch als Gefahr von nationaler Seite, die ihre Felle wegschwimmen sieht, bezeichnet.

Wo hier nicht nationale Fanatit oder Verbildung vorliegt, ist die Absicht Ausschlag, das Volk hinguhalten, um es später vor vollendete Tatsachen zu stellen.

An diesem liegt es, der drohenden Gefahr zu begegnen und durch Einigung im Innern und enge Fühlungnahme mit den produzierenden Arbeitermassen aller Völker den Boden zu bereiten, der die Befreiung von Ausbeutung, die Schaffung menschenwürdiger Verhältnisse und damit den Sieg des sozialen Gedankens bis zur letzten Möglichkeit bringen soll.

Der Verklavungsabsicht des Unternehmertums sei der treibende Wille entgegengestellt: „Lieber tot, als feiger Knecht!“

A. M e l h e r.

## Leipart zur Rede Silberbergs.

In seiner auf der Dresdener Tagung des deutschen Industrietages gehaltenen Rede hat Generaldirektor Silberberg bekanntlich an die Arbeiterchaft die Anforderung gerichtet, wieder aktiv an der Regierung teilzunehmen. In einem Interview nimmt nun der

\*\*\*\*\*



Ohne gewerkschaftliche Organisation: Konkurrenzampf um jede Arbeitsstelle.

\*\*\*\*\*

Vorsthende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gen. Leipart, zu verschiedenen Punkten der Rede Silberbergs Stellung, die zeigen, inwieweit man es mit einer tatsächlichen Schwertung der Unternehmer zu tun hat und wie sich die Gewerkschaften dazu stellen.

Leipart glaubt, daß dies Bekenntnis der Industrie zur Republik nicht bloß ein taktischer Schachzug war und daß die im Auftrage des Gesamtvorstandes der Industriellen abgegebene Erklärung Silberbergs der Ausdruck einer inneren Ueberzeugung ist. „Daß diese Ueberzeugung von der Einsicht in die vorhandenen Machtverhältnisse eingegeben ist, scheint mir allerdings nicht zweifelhaft. Der Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder beseitigen können. Ebenso ist die deutsche Republik schon so gefestigt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwarten durfte“.

Während sich der letztjährige Industrietag in bezug auf sozial- und lohnpolitische Forderungen eher entgegenkommender aussprach, erblickt Leipart einen Fortschritt in der diesjährigen Stellungnahme des Reichsverbandes zum Achtfundentag. Noch in seiner Denkschrift vom Dezember 1925 hatte der Reichsverband die Forderung aufgestellt, daß die Gesetzgebung „sich jedes schematischen Eingriffs zu enthalten habe“ und die „internationale Schematisierung“ der Arbeitszeit, wie sie durch das Washingtoner Abkommen erstrebt werde, für die deutsche Wirtschaft „selbstverständlich nicht in Betracht komme“. Demgegenüber beschränkt sich die neue Entschliebung der Dresdener Tagung auf eine Warnung „vor verfrühten Bindungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit“. Aus Ausführungen von Delegierten der Tagung geht hervor, daß man den Achtfundentag bereits mehr oder weniger als eine vollendete Tatsache in Rechnung legt.

In bezug auf eventuelle praktische Konsequenzen der Sinnesänderung der Unternehmer auf dem Gebiete der Arbeitskonflikte sagt Leipart, daß er solche Anzeichen nicht anführen könne. „In der Lohnfrage wird der an sich natürliche Gegensatz zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften auch wohl weiterhin bestehen bleiben. Ebenso scheinen die Unternehmer ihre Stellung zur allgemeinen Sozialpolitik vorläufig nicht ändern zu wollen.“

An die Aufriktion einer zentralen Arbeitsgemeinschaft wird den Ausführungen Leiparts zufolge seitens der Gewerkschaften nicht gedacht. Es ist auch nicht anzunehmen, daß dieser Gedanke bei den Unternehmern vorhanden ist.

Lieber die Zusammenarbeit mit der Regierung sagt Leipart, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer übergroßen Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind. Wir haben die Ueberzeugung, daß es möglich ist, die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft durch die Beteiligung an der Regierung und durch direkte Eingriffe auf die Regierungsmaßnahmen erfolgreich wahrzunehmen als durch Beharrung in der Opposition. Die Entscheidung über diese Frage hat jedoch die Sozialdemokratie zu treffen“.

Daß die Arbeiter „unter der Führung des Unternehmertums“ im Wirtschaftsleben mitarbeiten werden, ist nach Leipart ausgeschlossen. Die diesbezügliche Bemerkung Silberbergs ist durchaus unlogisch. Denn wenn er, wie er es mit großer Entschiedenheit ausgedrückt hat, die politische Mitarbeit und Mitverantwortung anstrebt, kann er nicht im Ernst gemeint haben, daß sich die Arbeiter der Führung der Unternehmer unterstellen sollen. Dem von einer Mitverantwortung könnte ja in diesem Falle keine Rede sein.

Lieber den von Silberberg geforderten Verzicht auf den Klassenkampf sagt Leipart: „Wir lehnen natürlich jeden derartigen Verzicht ab. Der gegenfeitige Kampf der Klassen ist eine ganz natürliche Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und wird von den Unternehmern wie von den Arbeitern geführt. Er hat natürlich für uns mit Klassen haß nichts zu tun.“

## Weltpolitik.

### Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund.

Das historische Ereignis, Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund, wurde vollzogen. Der Empfang Deutschlands im Völkerverbund war durchaus günstig. Die Locarnopolitik hat ihre Früchte getragen. Die feindseligen Gefühle Deutschland gegenüber sind geschwunden und haben freundlicheren Platz gemacht.

## Ein wahres Reiseerlebnis.

### Einen Blick in die Seele eines Unternehmers.

Von E. Friedebach.

Kurz vor Weihnachten 1925 fuhr ich, einem dringenden Hilferuf unseres Ortsverbandes B. folgend, mit dem Nachschneidung Mannheim—Hamburg bis Hannover, um dort mit dem Ein-Anschlußzug nach B. weiterzufahren. Bei meiner Abfahrt schneite es in dichten Flocken. Von Kassel aus Regen und nichts als Regen. Ein unfreudliches und nachkaltes Wetter. Die Stimmung war dementsprechend, zumal, wenn man gegen 5 Uhr früh umfegen muß in einen nur mannschaft geheizten Güterzug. Ich kaufte mir den Morgen „Vorwärts“ und drückte mich, in meinen Mantel gewickelt, in die Ecke eines leeren Wagens. Auf der nächsten Station stiegen drei Herren ein: ein älterer dicker, ein jüngerer kräftiger und ein jüngerer schlanker.

Der Jüngere, Kräftige (vorstellend): Gestatten Herr Kommerzienrat: Herr K., Vertreter von Opel; Herr Kommerzienrat B., aus H.

Der Herr Kommerzienrat (im Reumtanz, schnarrend und etwas mit der Zunge anstoßend): Mir sehr angenehm. Fahre auch Opel; großer Wagen. Fabelhaft. Bin sehr zufrieden. Wenn Sie mal Empfehlung brauchen, bin gerne bereit.

Der Jüngere, Schlante: Außerordentlich erfreut! Sehr angenehm! Würde gern gelegentlich auf Ihr lebenswichtiges Anerbieten zurückkommen und Gebrauch machen.

Der Herr Kommerzienrat: Haben Sie auch abgebaut? Sider doch. Wäre ja gar nicht anders möglich bei heutigen hohen Löhnen!

Der Jüngere, Schlante: Aber natürlich! Ist doch selbstverständlich! Geht heute gar nicht anders!

Der Herr Kommerzienrat: Ja, ja Arbeiter sind jetzt sehr zahlreich! Wächst sich teurer. Habe es mir so eingerichtet, daß ein Arbeiter jetzt nur noch einen Weibstübchen bedient statt zwei. Kriegen selbstredend auch nur haben Lohn. Aber alles einverstanden. Feiner mußt oder opponieren. Fressen wieder aus der Hand die Herren. Wollen von Gewerkschaftsführer nichts mehr wissen. Welt die ihnen ja doch keine Arbeit geben können. Hätten früher bei solchen Maßnahmen rationiert. Hätten gleich mit Streik gedroht und gesagt, das wäre tarifwidrig. Gewerkschaftsführer läßt sich teurer sehen. Arbeiter würden sie auch rauschmeißen.

Der Jüngere, Kräftige: Ist ja auch schlimm, wenn ein Arbeiter mit Familie auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen ist.

Der Herr Kommerzienrat: Wieso? Brauchen dann ja nicht mal zu arbeiten. Können faulenzgen und Herrgott Tag absteigen. Würden auch lieber faulenzgen, wenn halber Lohn nicht doch noch höher wäre wie Unterstützung. Ueberhaupt Erwerbslosenunterstützung! Finde diese Einrichtung empörend. Wie kommen andere dazu, für Faulenzgen Unterstützung zu zahlen? Wäre Unterstützung nicht, würde Lohnabbau noch viel leichter. Unsere Löhne sind viel zu hoch. Machen uns auf Weltmarkt unfähig zu konkurrieren. Daher auch der Mangel an Auslandsaufträgen und der Wirtschaftszersetz. Erwerbslosenunterstützung! Auch so ein Revolutionsprodukt, wie so viele andere. Arbeiter muß wieder demütiger und gehorsamer werden. Erwerbslosenunterstützung! Betriebsräte! Lauter Einrichtungen der roten Garde. Wirten sehr schädigend auf Produktion und Konkurrenzfähigkeit. Müssen schlechte Konjunktur ausnützen und entreizen, daß dieser Unflug wieder verschwindet. Bei Deubell! Müßen suchen, daß wir entsprechende Regierung erhalten. Starke Männer, die dem Revolutionsunflug Genick abbrechen. Allergrößter

Unflug ist Arbeitslosenunterstützung. (Die scheint's dem Herrn Kommerzienrat besonders angehen zu haben.)

(Zu mir): Meinem Sie nicht auch?

Ich (achte): na warst, Freund! Nein, mein Herr, Sie werden wohl gestatten, daß ich etwas anderer Meinung bin.

Der Herr Kommerzienrat: Da wäre ich doch wirklich sehr begierig!

Ich: Ich möchte nur auf zwei Dinge näher eingehen, doch ich bin überzeugt, daß Sie dann schon an mir genug haben: Auf die sogenannten hohen Löhne und auf die Arbeitslosenunterstützung. Wäre die letztere nicht gewesen bzw. eingerichtet worden, als die Millionen heimkehrender Krieger auf der Straße lagen, so wäre es auch nicht möglich gewesen, sie von der Straße wegzubringen. Sie, mein Herr, wären dann heute weder Kommerzienrat, weil Sie vielleicht nicht mehr leben würden, noch befänden Sie sich in der Lage, zu bestimmen, daß ein Arbeiter statt zwei nur noch an einem Weibstübchen arbeitet und den halben Lohn, denn Sie wären nicht mehr im Besitz auch nur eines einzigen Weibstübchens, selbst wenn Sie am Leben geblieben wären. Alles wäre Ihnen wahrscheinlich zertwimmert worden. Und was die hohen Löhne betrifft: Der amerikanische Arbeiter bezieht heute etwa das Zweieinhalbfache an Lohn, was der deutsche Arbeiter verdient. Und wenn das Leben in Amerika auch teurer ist als in Deutschland, so steht der amerikanische Arbeiter in seinem Reallohn weit über dem deutschen. Und trotz der viel höheren Löhne ist der amerikanische Unternehmer konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Wie kommt das, mein Herr? In der Nachkriegszeit schlossen sich die deutschen Unternehmer zu Kongernen, Trusts auf, um, wenigstens durch die sogenannten horizontalen Kongerne, eine Monopolstellung zu erlangen und die Preise zu diktieren. Kein Betrieb der

Bei der Zuteilung des künftigen Ratsfiges an Deutschland gab es keinen Widerspruch oder Meinungsverschiedenheiten. Falls jetzt als Folge des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund eine weitere erhebliche Herabsetzung des Befehlshaberheeres, ja, worauf einige Hoffnung besteht, in absehbarer Zeit die Räumung der besetzten Gebiete erfolgen würde, so wäre die außenpolitische Wendung zum Besseren in bezug auf Deutschland noch mehr ersichtlich; erst diese Zeiten würden den „Geist von Locarno“ wirklich zur Geltung kommen lassen. Für das Schicksal des Völkerverbundes und innerhalb desselben für die Rolle Deutschlands ist jedoch die Frage entscheidend, ob die in ihm vertretenen Länder, darunter jetzt auch Deutschland, in ihm eine Stelle sehen, wo sie ihre Machtansprüche geltend machen, oder aber ein Organ der Völkerverbindlichkeit. Vorläufig sind wir von letzterer Einstellung noch weit entfernt. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund von einer Anzahl unliebsamer Erscheinungen begleitet. Der Ruhhandel um die Ratsfige — es gibt heute nicht weniger als fünf verschiedene Ratsfigenmitglieder, ständige, wiederwählbare (Polen) und solche, die auf drei bzw. zwei oder ein Jahr gewählt werden — war das Gegenspiel zur Aufnahme Deutschlands, das kurze Zeit sogar große Schwierigkeiten zu verursachen drohte, bis endlich eine Einigung erzielt wurde. Jedoch sind die beiden lateinischen Mächte, Spanien und Brasilien, da ihre Wünsche auf ständige Ratsfige nicht befriedigt wurden, aus dem Völkerverbund ausgetreten. Die englischen Dominions haben ihre Ansprüche auf Ratsfige einstweilen zurückgestellt. Auch sonst wird der Völkerverbund seine eigentlichen Befehlshaber erst zu bestehen haben. Was im französischen Mandatsgebiet Syrien heute noch vor sich geht, was sich mit dem Völkerverbundsmittglied Libanon, das zwischen England und Italien im wirtschaftlichen Sinne aufgeteilt wurde, zutrug, die Vorgänge in anderen Mandatsgebieten, mühten den Völkerverbund zum Einschreiten veranlassen, woran aber angesichts der Machtlage der beteiligten Länder nicht zu denken ist. Auch scheint die Abrüstungsfrage im Völkerverbund einen sehr geringen Erfolg zu versprechen, es wird wahrscheinlich bei Scheinmaßnahmen sein Bewenden haben. Erheblich bedroht ist die Bedeutung des Völkerverbundes durch die Sonderverträge und Bündnisse, welche die verschiedenen Länder, sei es mit Umgehung des Völkerverbundes, sei es mit nachträglicher Bekannmachung dieser Verträge beim Völkerverbund, abschließen, wobei freilich die geheimen Abmachungen sich der Kontrolle der Öffentlichkeit überhaupt entziehen. So würde z. B. das in der Presse enthüllte polnisch-rumänische Bündnis, dessen Spitze gegen Deutschland und Russland gerichtet ist, und welches das Einverständnis der französischen Regierung voraussetzt, einen Hohn auf die Völkerverbündnisse bedeuten. Allerdings wurde die Schaffung dieses Bündnisses von den beteiligten Ländern in Abrede gestellt. Dagegen hat die italienische Presse anlässlich des Abschlusses des Bündnisvertrages zwischen Italien und Spanien, wo verwandte Systeme der Diktatur herrschen, betont, daß unmittelbare Bündnisverträge zwischen den einzelnen Ländern nützlicher und wirksamer sind als der Zusammenschluß im Völkerverbund.

**Die faschistisch regierten Länder** erlebten in diesem Monat große Erschütterungen. Bangalos, Mussolini, Primo de Rivera, Mustafa Kemal kämpften, wie dies in der Natur der Diktatur liegt, mit brutalsten Gewaltmitteln um ihre Macht. Der griechische Diktator Pangalos ist verschunden. Er wurde durch das Militär gestürzt, das sein Regime nicht länger ertragen wollte, trotzdem er sich in letzter

gleichen Branche durfte außerhalb bleiben, weil er sonst Konkurrenz gemacht hätte. Dadurch mußten auch die unrentablen Betriebe in den Kongernen aufgenommen werden, die heute einen großen Leerlauf darin bilden. Aber sie müssen erhalten werden, was zur Folge hat, daß eine Kalkulation gemacht werden muß, die es ermöglicht, auch die Leerläufe oder Nieten zu bezahlen. Auch ist jeder Unternehmer heute bedrückt, etwa durch die Inflation erlittene Verluste in kürzester Zeit wieder einzubringen. Die Folgen: Große Profitausschläge und dementsprechend allgemein hohe Preise. Dadurch hat sich die deutsche Industrie vom Weltmarkt ausgeschlossen. Ein übriges dazu tat noch der Kampf zwischen dem Industrie- und Finanzkapital, wozu letzteres zugeht das stärkere ist und in die Leerläufe teils Geld stecken will. Und mit Recht. Und den Anlandern haben sich die Unternehmer selbst abgeriegelt, indem sie durch zu niedrige Löhne die breite Masse zahlungsunfähig machten. Noch einen Punkt: Wenn Sie sich darüber freuen, daß der Arbeiter zugeht so ruhig und still ist, so geben Sie sich ja keiner allzu rosen Hoffnung hin, denn die Ruhe ist gewöhnlich der Vorbote zum Sturm. Unterbleibt zu lange Zeit die dem Wagen nötige Zufuhr, so treibt der Hunger den Menschen zum Sturm. Tat kennt kein Gebot. Und alzu kraß gespannt, zerpringt der Bogen. Ich meine, die Unternehmer hätten alle Ursache, auf vielen Gebieten dem deutschen Arbeiter und seinen Führern zu danken. Doch das sind alles Winnowahrheiten, die ich Ihnen da sage und ich muß annehmen, daß Sie, Herr Kommerzienrat, der Sie doch mitten im Leben stehen, wissen mühten, daß die andere Deutung, die die Herren Unternehmer den Dingen geben, willkürliche Unrichtigkeiten sind. Zum Schluß noch die „ergebene“ Mitteilung, daß ich selbst einer der von Ihnen so „geliebten“ Gewerkschaftsführer bin. Tableau! Totenstille im Abteil.

Zeit bereits zu verschiedenen Zugeständnissen bereit. Es ist noch unbestimmt, wie das neue Regime sich verhalten wird, ob die demnächst stattfindenden Wahlen ermöglichen werden, daß das Volk seine wahre Meinung kundgibt, und ob die neue Regierung die Meinung hat, den großen schwebenden sozialen Problemen, vor allem der Flüchtlingsfrage, ihre Aufmerksamkeit zugewenden. Gegen den spanischen Diktator Primo de Rivera wurde seitens der Artillerie ein militärischer Aufstand organisiert, der jedoch nicht gegen die Diktatur als solche gerichtet war, sondern nur eine der in Spanien üblichen militärischen Revolten darstellt. So konnte Primo de Rivera des Aufstandes leicht Herr werden und veranstaltete jetzt eine Abstimmungskomödie zu seinen Gunsten. Indessen ist seine Macht im ganzen Volk bereits so stark unterhöhlt, daß sie eines Tages von selbst zusammenbrechen muß. Das gegen Mussolini verübte Attentat gab den Faschisten zu neuen Gewalttaten Veranlassung. Die Todesstrafe wird eingeführt und die Verfolgung der anderen Parteien hat in verstärktem Maße eingesezt. Eine offene Revolte ist heute gegenüber dem bewaffneten Faschistenheer unmöglich. Die jüngste äußerst scharfe Erklärung des Papstes zeigt jedoch, wie stark bereits der innere Widerstand gegen den Faschis-

die Diktatur. Das italienische Kapital möchte sich in Sowjetrußland Konzessionen verschaffen, sich aber auch an der Ausbeutung der rumänischen Oelquellen beteiligen. Großes Aufsehen erregte die Annäherung Ungarns an Jugoslawien, die offensichtlich gegen die Tschechoslowakei gerichtet ist. Durch die ungarisch-jugoslawischen Vereinbarungen wurde ein Keil zwischen die Länder der kleinen Entente getrieben. Das von dem gestürzten Diktator Pangalos vorbereitete griechisch-jugoslawische Abkommen war der italienischen Balkanpolitik unerwünscht. Es ist zweifelhaft, ob sich die neue griechische Regierung diesem Vertrag anschließen wird.

Von größter weltpolitischer Bedeutung sind die Kämpfe, die gegenwärtig in

### China

geführt werden. Der in Englands Gunsten stehende General Wupeifu ist endgültig geschlagen. Die mit Sowjetrußland verbündete Kantonalarmee hat die wichtige Stadt Hantau und die Städte entlang des Jangtse eingenommen und wird, falls sie nicht durch die von England unterstützte Armee daran gehindert wird, Schanghai, den wichtigsten Stützpunkt des englisch-amerikanischen Handels mit China, erobern. Vom Ausgang dieser Kämpfe hängt die Gestaltung der internationalen Beziehungen in China ab. Ihre Bedeutung besteht aber in erster Linie in der Möglichkeit, das heute von zahlreichen Mächthabern zerrissene China von Süden aus zu einem einheitlichen Reich zusammenzuschließen. A. H.

### Vertümmerte Jugend.

Je kräftiger ein Geschlecht ist, um so mehr ist es den Widerständen des Lebens gewachsen. Das heranwachsende Geschlecht unserer Tage genügt diesen Anforderungen nicht. Immer wieder stellt die Wissenschaft fest, wie unsere Jugend unter den traurigen sozialen Verhältnissen unserer Tage zu leiden hat. In der Zeitschrift für Krüppelfürsorge behandelt Dr. Deutschländer jetzt die Haltungsverfälscher und Wirbelsäulenverkrümmungen. Es gab eine Zeit, in der man diese Fehler, weil man sie besonders in der Schulzeit festgestellt hatte, nur der Schule zur Last schob, doch haben neue Beobachtungen klar erwiesen, daß die Kinder bereits mit schwacher und kranker Anlage in die Schule kommen und sich diese bereits vorhandene Anlage dann zum Leiden auswidert. Ist es aber nicht überaus betäubend, daß in der Vorkriegszeit 25 bis 30 Proz. der Kinder einer Klasse solche Haltungsverfälscher aufwies? Und ist es nicht beachtenswert für die sozialen Lebensverhältnisse unserer Zeit, wenn die Zahl dieser schwachen und kranken Kinder heute auf 50 Prozent und mehr gestiegen ist? Die Hälfte der Klasse und mehr als die Hälfte der Klasse ist so schwach gebaut, daß sich Haltungsverfälscher und Wirbelsäulenverkrümmungen bemerkbar machen. Kann es da ein besseres Mittel geben zur Hebung unserer Volkskraft als Besserung der wirtschaftlichen Existenz, wie sie die Gewerkschaften erstreben? Wenn die soziale Tat hier einsetzt, dann können all die Kosten für die Fürsorge der verkrümmerten Jugend nachher vermieden werden.

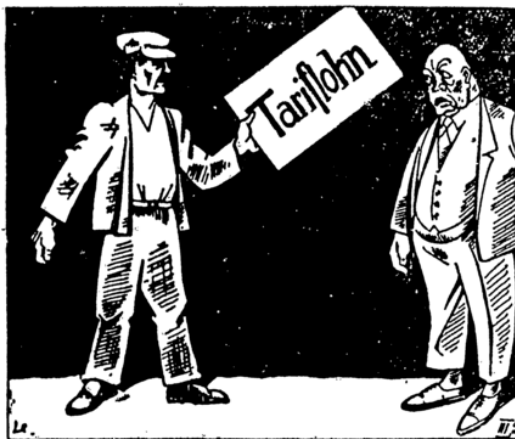
### Das Jahrbuch 1925 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes\*).

Die Jahrbücher des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die seit dem Jahre 1925 in regelmäßiger Folge erscheinen, bieten ein anschauliches Bild der unmaßlosen Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften. Keine der zahlreichen Veröffentlichungen über die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik eröffnet den Lesern einen so tiefen Einblick in das Spiel der Kräfte, die auf die deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik, auf die Gestaltung des Arbeitsrechts und Wirtschaftsrechts bestimmend einwirken. Die reichhaltigen Statistiken, in denen über die organisatorische Stärke, über die finanzielle Lage der Gewerkschaften, über die Entwicklung der Tarifhöhe, über die Lohnbewegungen usw. berichtet wird, sind unentbehrlich für jeden, der zuverlässige Informationen über den Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung sucht.

Das neue Jahrbuch, in dem die Entwicklung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland während des Jahres 1925 im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Gewerkschaften behandelt wird, ist ein stattlicher Band von 237 Seiten. In den Grundzügen ist die Gliederung des Stoffes die gleiche wie in den vorhergehenden Jahren.

Die Einleitung bildet ein Kapitel über die deutsche Wirtschaft, eine Darstellung der Ursachen, die zu der akuten Wirtschaftskrise führten, die im letzten Vierteljahr ihre Schatten über die deutsche Wirtschaft warf und in der rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit ihre furchtbarste Wirkung zeigte. Arbeitslosigkeit ist eine Legende, daß die deutsche Wirtschaft „schwerkrank“ sei. Tatsache ist vielmehr, daß im Vergleich zum Jahre 1924 eine innere Kräftigung der deutschen Wirtschaft eingetreten ist. Der Nachweis wird im einzelnen zahlenmäßig erbracht.

Das folgende Kapitel schildert die Preisentwicklung der Reichsregierung. In umfangreichen Darlegungen wird sodann der Kampf um die Zollgesetzgebung geschildert, der im Sommer 1925 mit größter Erbitterung geführt wurde. Die Gewerkschaften haben in diesem Kampf Seite an Seite mit den Vertretern der Wissenschaft gekämpft. In Handelsvertragsverhandlungen, die sich durch



Erfolg der Gewerkschaften: Der Tariflohn.



mus geworden ist. Das türkische Staatsoberhaupt Kemal geht ebenfalls den Weg der blühigen Diktatur und schießt seine politischen Gegner einen nach dem andern auf das Schafot. Er glaubt seine Macht dadurch zu stärken. Indessen deuten alle Zeichen darauf hin, daß die mit so vielen Phrasen verherrlichten Diktaturen auf die Dauer nirgends gehalten werden können, weil ihnen die innere Zustimmung der Bevölkerung verlagert wird.

Das Attentat gegen Mussolini hat die bestehende außenpolitische Spannung zwischen Frankreich und Italien, die bereits wegen der afrikanischen Kolonialpolitik und wegen der Rivalität um die Vorkolonialpolitik am Balkan stark genug war, weiter verschärft. Frankreich gewährt den italienischen Engagements, die aus dem Lande vertrieben wurden, Asylrecht und gestattet ihnen, ihr eigenes antisfaschistisches Blatt herauszugeben, ein Stein des Anstoßes für die Faschisten, die nun sabeltrafend nach Rache rufen. Die Tanagerfrage, Spaniens Anspruch auf die Einverleibung der bisher internationalen Tanagerzone in die spanische Zone von Marokko, der von seinem Verbündeten Italien warm unterstützt wird, ist noch unerledigt und bleibt einstweilen noch ein ziemlich schwerer Konfliktpunkt zwischen den Großmächten, vor allem dem besonders interessierten Frankreich und England.

### Der Balkan

ist weiter der Lummelplatz von Intrigen und verschiedenen Machtbestrebungen. Die mazedonische Frage verursacht erneute Verwicklungen, indem die bulgarische Regierung für die Einbrüche von Banden in mazedonische Gebiete, die seit dem Friedensvertrag Bulgarien ertrifft und den übrigen drei Balkanländern angeschlossen wurden, zur Verantwortung gezogen wurden. Es ist schon möglich, daß die bulgarische Regierung diese Einbrüche geduldet bzw. nicht verhindert hat, andererseits haben die Siegerländer nicht verstanden, den mazedonischen nationalen Minderheiten ihre Rechte zu gewähren, und die dort vorhandene feindselige Stimmung zu besänftigen. Rumänien steht jetzt im Mittelpunkt von Bündnisverträgen; den polnisch-rumänischen Geheimvertrag haben wir oben bereits erwähnt. Gegenwärtig verhandelt es mit Italien über einen Bündnisvertrag, nachdem es mit Frankreich einen solchen bereits im Frühjahr abgeschlossen hat. Frankreich hat damals das Bestreben Rumaniens auf Befsa rabien anerkannt, es ist aber fraglich, ob auch Italien mit Rücksicht auf seine Beziehungen zu Sowjetrußland eine solche Anerkennung aussprechen kann. Im Hintergrund steht

\* Jahrbuch 1925 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1925. Verlagsvertrieb des V.D.G. G. m. b. H., Berlin S 14, Aufstraße 6. Preis: broschiert 5.—, gebunden 5.50 Mk.

das ganze Jahr 1925 hinziehen, waren die Gewerkschaften teils direkt beteiligt, teils haben sie durch selbständige Verhandlungen mit den Vertretern ausländischer Gewerkschaften einen gewissen Einfluß ausgeübt.

In drei Kapiteln werden die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die aus der Krise sich ergebenden Probleme der Erwerbslosenunterstützung und der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Gerade diese Kapitel zeigen trotz aller Unzulänglichkeiten, die den durchgeführten Maßnahmen im einzelnen anhaftet, mit besonderer Deutlichkeit, wie die von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten vertretenen Grundgedanken in Geltung kommen und in welchem Maße sich die Stellung der öffentlichen Meinung zu diesen Problemen geändert hat.

Die große Linie der Gewerkschaftspolitik wird mehr als je bestimmt von den Gemeinschaftsorganisationen der Gewerkschaften, den Spitzenorganisationen, die weit über den Kreis der Mitglieder hinaus die Gesamtarbeiterchaft Deutschlands vertreten.

Die Gesamtvertretung des Produktionsfaktors Arbeit tritt dem Kapital gegenüber und kämpft mit ihm um die Geltung ihrer Prinzipien in der Wirtschaft. Es ist charakteristisch für unsere Zeit, daß dieser Kampf vor dem Forum der Öffentlichkeit im Hin und Wider von Denkschriften ausgeht, die von den Gewerkschaften bewußt, von Arbeitgeberseite notgedrungen, in ihrer Lebensgestaltung als wirtschaftlich abgestimmt sind.

In dem Kapitel über Sozialpolitik und Volkswirtschaft, über den Kampf um den Lohnfundament und über die Sozialpolitik im Reichswirtschaftsrat wie in dem Kapitel über Lohnpolitik wird auf diese große Auseinandersetzung ausführlich eingegangen.

Die rationale Organisation der Gesamtwirtschaft hat im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen die Zusammenfassung der Einzelwirtschaften, ihre Unterordnung unter einem Gesamtwillen zum Ziel. Diese Vereinheitlichung, die teilsweise eine Bureautisierung der Wirtschaft bedeuten soll, soll die organisatorischen Voraussetzungen schaffen für eine wirksame gleichberechtigte Beteiligung der Gewerkschaften in allen Körperlichkeiten, in denen wirtschaftspolitische Entscheidungen gefällt werden, und darüber hinaus für die gleichberechtigte Mitwirkung an der Wirtschaftsführung. Im Jahre 1925 stand der Entwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat zur Diskussion. Die Verhandlungen, die geführt wurden, werden in dem Kapitel über „Reichswirtschaftsrat und Berufsständern“ geschildert. Schon der Titel deutet an, in welchem entscheidenden Punkt der Regierungsentwurf sich als unzureichend erwies. Die Gewerkschaften verlangen die gleichberechtigte Mitwirkung in den Industrie- und Handels-, wie in den Landwirtschaftsständen.

Auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß und in den Monaten vorher stand das Organisationsproblem im Mittelpunkt der Erörterung. In dem Kapitel „Organisationsfragen“ kommen die bedeutsamen Verhandlungen und die Lösung, die der Kongreß gefunden hat, ebenso zur Darstellung wie die Fortschritte, die auf dem Gebiet der organisatorischen Zusammenfassungen erzielt worden sind.

Die großen ständigen Kapitel, in denen die Entwicklung der Tariflöse, die Lohnbewegungen, die Mitgliederbewegung zur statistischen Darstellung gelangt, sind als unentbehrliche Informationsquelle anerkannt. Es genügt, auf sie hinzuweisen. Dagegen muß als ganz besonders interessanter Abschnitt des neuen Jahrbuches „Eine Statistik über den wirtlichen Arbeitsverdienst“ hervorgehoben werden. Der Bundesvorstand hat sich entschlossen, infolge der Unzulänglichkeiten, die der Erfassung der Lohngestaltung im allgemeinen anhaften, eine besondere Lohnhebung zu veranlassen. In einer Anzahl von Orten, den 54 an der Tariflohnstatistik beteiligten Städten, wurden in der Woche vom 2. bis 7. November 1925 in einer großen Reihe von Betrieben die Lohnkärtchen gesammelt. Im ganzen wurden 145 497 Lohnkärtchen in der Statistik verarbeitet. Die Untersuchung ergab sehr interessante Ergebnisse über den Stundenverdienst für Zeitlohn- und Akkordarbeiter im Reichsdurchschnitt, über die in der Arbeitswoche geleistete Arbeitszeit, ebenfalls im Reichsdurchschnitt. Ferner ergaben sich eine Reihe von weiteren spezielleren Feststellungen über den Wochenverdienst der über 18 Jahre alten von der Erhebung erfassten Personen, ferner über die Wochenverdienste der Kurzarbeiter, über die Durchschnittslohnverdienste an den verschiedenen Berufsständen. Endlich findet sich noch eine nach Industrien und Altersklassen gegliederte Nachweisung der in Zeitlohn und in Akkord verdienten Stundenlöhne.

Den Schluß des Buches bilden einige knapp gehaltene Ausführungen über die „Delegierten nach den Vereinigten Staaten“ und ein inhaltsreicher Abschnitt über die „Internationalen Gewerkschaftsbewegung“.

So ist das neue Jahrbuch auch diesmal wieder ein instruktiver und vielseitig angelegter Beitrag zur Zeitgeschichte, wohl geeignet, Verständnis für die bewegenden sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme in weitesten Kreisen zu wecken. Die Fülle objektiver Informationen, die es bringt, wird allen, die sich mit den hier berührten Fragen ernsthaft beschäftigen, dem Geist erster, zielbewusster Sachlichkeit Anerkennung verschaffen, der in dem Wirken der Gewerkschaften sich mit entschiedenem Kampfeswillen vereint.

## Zeugnisverweigerung von Gewerkschaftsangehörigen.

Vn der von Dr. Heinz Bothhoff (München 2, N.W. 10, Ammillerstraße 33) herausgegebenen Zeitschrift „Arbeitsrecht“ schreibt Dr. O. Sferland, Berlin:

Das Gewerbegericht Eberfeld hat jüngst ein Urteil gefällt, das für alle Gewerkschaftsangehörigen von besonderer Bedeutung ist. (Mitteltagebl. P. R. B. 21/26.)

Es kommt vor, daß ein Gewerkschaftssekretär als Zeuge vor Gericht geladen wird, um gegen einen Kollegen auszusagen. Dadurch kann er in einen schweren Bewusstseinskonflikt kommen. Einerseits ist es ihm unmöglich, auf Grund seiner Vertrauensstellung als Angestellter des Verbandes ein Mitglied durch seine Aussage zu schädigen; andererseits kann er keine falschen Angaben machen, zumal, wenn ihm die Gegenseite den Eid zuschiebt und er sich dann durch eine wissenschaftliche Aussage des Meinendes schuldig machen würde. Von diesen unangenehmen Situationen werden die Gewerkschaftssekretäre durch das

Urteil des Gewerbegerichts Eberfeld befreit. Dort wird nämlich festgestellt, daß sie die Zeugenaussage verweigern können unter Berufung auf § 383 Ziffer 5 ZPO. Die angelegene Bestimmung lautet:

Zu Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt: Personen, welchen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes Tatsachen anvertraut sind, deren Geheimhaltung durch die Natur derselben oder durch gesetzliche Vorschrift geboten ist, in betreff der Tatsachen, auf welche die Verpflichtung zur Verschwiegenheit sich bezieht.

Unter diesen Umständen verstand man früher vor allem Rechtsanwälte, Notare und Ärzte. Das Gewerbegerichtsrecht rednet nunmehr die Gewerkschaftssekretäre diesem Personenkreis zu. Die entscheidende Stelle des Urteils lautet wörtlich:

Es ist die Frage zu prüfen, ob der Gewerkschaftssekretär unter die Personen fällt, welchen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes das Recht zur Zeugnisverweigerung zuzupredien ist.

Gedacht ist in der Ausföhrung des Gesetzestextes zunächst an alle durch Reichs- oder Landesgesetze zur Verschwiegenheit verpflichteten Personen, wie Rechtsanwält, Notare, Ärzte, Apotheker und die Gehilfen dieser Personen. Für einen Gewerkschaftssekretär oder Syndikus einer Organisation liegt eine gesetzliche Verpflichtung zur Verschwiegenheit mangels gesetzlicher Regelung der Stellung dieser Personen nicht vor. Die Stellung wird aber getragen von dem Vertrauen der durch die Organisationen verbundenen Gemeinschaft. Als Vertrauensmann dieser Gemeinschaft hat der Gewerkschaftssekretär oder Syndikus die Schweigepflicht über die ihm kraft seiner Stellung anvertrauten Tatsachen zu bewahren. Wenn auch diese Schweigepflicht nicht gesetzliches Gesetz ist, so ist sie doch eine moralische und vertraglich selbstverständliche Verpflichtung. Der Organisationsvertreter wäre in dieser Stellung unmöglich, wenn er, gegen Treu und Glauben verstoßend, die ihm in seiner Eigenschaft anvertrauten Geheimnisse seiner Organisationsmitglieder preisgeben würde. In Ermüdung dieser Umstände steht das Gericht daher nicht an, die Person des Gewerkschaftssekretärs oder Syndikus zu den in § 383 Ziffer 5 ZPO. aufgeführten Personen zu zählen und den Zeugen für berechtigt zu erklären, über die von der Bell. behauptete Tatsache, deren Geheimhaltung durch die Natur derselben geboten ist und auf welche die Verpflichtung zur Verschwiegenheit sich bezieht, sein Zeugnis zu verweigern.

## Aus den Bahnhöfen.

Osnabrück. Unsere Versammlungen im September. Die erste fand am 9. September statt. Zur Tagesordnung stand der Bericht vom Gattag, der vom Vorsitzenden gegeben wurde. Der Besuch konnte best sein. — Am 10. September hatten wir mit den Buchbindern eine gemeinsame Werberversammlung. Das Thema lautete: „Warum sind wir freigewerkschaftlich organisiert?“ Das Referat hatte in liebenswürdiger Weise der Buchdrucker-Bezirksvorsitzende H. Herthaus übernommen. Er schilderte die Gewerkschaften von ihrer Entstehung bis zur Zeit in großen Umrissen. Der heutigen Generation sei alles mühelos in den Schoß gefallen, während früher um Fennige gekämpft wurde und Entbehrungen auszuhalten gewesen seien. Jetzt heißt es, das Errungene zu erhalten und lebergeit gerüstet zu sein, denn es verpönnen immer noch Unternehmer Lust, gegen das Bollwerk Verband anzutreten. Der Redner zeigte, welche großen Vorteile in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung durch die Organisation geschaffen sind. Zum Schluß erwähnte er, daß es nicht damit getan sei, daß man seinen Beitrag pünktlich zahle, sondern man müsse auch tätig mitarbeiten. Die einstündigen Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. — In der Aussprache ergänzten verschiedene Kollegen noch die Ausführungen. Auch schiederten sie Epitheten aus der tarlosten Zeit der Hilfsarbeiter. Die Anwesenden wurden aufgefordert, die Unorganisierten in ihrem Betrieben auszurufen.

Nördlingen. Am Montag, den 20. September 1926 hielt unsere Zählstelle eine sehr gut besuchte Versammlung ab, in welcher unser Gauleiter Kollege Lehmeier aus München über das Thema „Die wirtschaftliche Lage im graphischen Gewerbe“ referierte. Der Redner verstand es, in seinen Ausführungen die Anwesenden zu fesseln und besonders Aufmerksamkeit fand er, als er klar schilderte, wie die derzeitige Krise von den Unternehmern zu ihren Gunsten ausgenutzt wird. Reicher Beifall besohnte den Redner für seine Ausführungen.

Unter Punkt „Beschwerden“ wurde einstimmig beschlossen, die Einlegerin Berta Gartrnater wegen unvollständigen Verhaltens und Beitragsrückständen aus dem Verbande auszuschließen.

## Rundschau.

Keine Einigung in der deutschen Beamtenbewegung. Die zwischen dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADBB) und dem sich als neutral bezeichnenden Deutschen Beamtenbund (DBB) geföhrten Verhandlungen über die Gründung einer einheitlichen Beamten-Spitzenorganisation sind gescheitert, und zwar an der Organisationsfrage, bei der sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten ergaben. Der DBB forderte nämlich die Anerkennung des Prinzips der reinen Beamtenorganisation, was bedeutet, daß die in den gemischten freigewerkschaftlichen Verbänden zwischen den Arbeitern und Angestellten mißfahng hergestellte Einheit wieder in Frage gestellt würde, so z. B. bei den bestehenden Einheitsorganisationen der Reichsbahn und der Post. Ferner wird vom DBB befürchtet, daß durch die geplante enge Verbindung mit den auf sozialistischem Boden stehenden freien Gewerkschaften seine Neutralität in Gefahr käme. Endlich ging aus den Verhandlungen hervor, daß zwischen dem DBB und den Verbänden des christlichen Gesamtverbandes bereits weitgehende Übereinstimmung erzielt worden ist, so daß Einigungsverhandlungen in dieser Richtung wohl zum Erfolg föhren dürften.

Der Frauenüberschuß ist in der deutschen Bevölkerung nach der Volkszählung des vorigen Jahres um das Dreifache gegen die Vorkriegszeit gestiegen. Vor allem tritt dieser Frauenüberschuß, genau wie in der Vorkriegszeit, in den Großstädten in die Erscheinung, doch ist er durch den Krieg mit seinen Verlusten an Männern auch in den übrigen

Städten, in denen er vor dem Kriege fast verschwunden war, jetzt ganz gewaltig angewachsen. Nach der letzten Zählung kommen auf 1000 männliche Personen an weiblichen in den Landgemeinden 1039, in den Land-, Kreis- und Mittelstädten 1062 und in den Großstädten 1116. So prägt sich, genau wie in der Vorkriegszeit, die ganze kapitalistische Konzentration mit ihrem Wachsen in den in diesem gewaltigen Frauenüberschuß wider. Der Kapitalismus zwingt mit all seinem Glend gerade die Frau in seinen Bann.

An die Versicherten der Volksfürsorge! Die bei der Volksfürsorge vor Jahresfrist eingeföhrte Gratisunfallversicherung (Werbopplung der Versicherungssumme beim Tode durch Unfall) hat sich glänzend bewährt. Im laufenden Jahre hat die Volksfürsorge bei Unfall insgesamt 105 000 RM. an die Hinterbliebenen ausbezahlt. Voraussetzung für die Gratisunfallversicherung ist die Zahlung einer Monatsprämie von mindestens 2 RM. Viele Versicherte haben ihre Prämie noch nicht auf diesen Satz erhöht. Die Erhöhung einer Versicherung vor dem besten zu Beginn des Versicherungsjahres vorgenommen. Das ist bei den meisten Versicherungen der 1. November, deshalb wird es jetzt Zeit, an die Erhöhung der Versicherungen zu denken. Wer es irgend ermöglichen kann, künftig die auf mindestens 2 RM. erhöhte Prämie zu zahlen, der sollte die Gelegenheit nicht verpassen, sich die Vorteile der Gratisunfallversicherung zu verschaffen. Die Funktionäre der Volksfürsorge nehmen Erhöhungsanträge schon jetzt entgegen. Benjo die Rechnungsstelle der Volksfürsorge.

Muß das sein? Wie der Preussische Pressedienst mitteilt, sollen die Arbeitsnachweise hinfort einen stärkeren Polizeischutz erhalten. Der Andrang bei den Arbeitsnachweisen ist infolge der schlechten Wirtschaftslage sehr stark. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen noch weiter steigen wird. Namentlich wenn die Saisongewerbe (Landwirtschaft, Baugewerbe usw.) die aufgelösten Arbeitskräfte wieder freigeben. Die Polizei glaubt somit Vorkehrungen treffen zu müssen, um Unruhen unmöglich zu machen. Deshalb sollen die Polizeibehörden zu ausreichendem Schutz der Arbeitsnachweise angehalten werden. Bei größeren Arbeitsnachweisen soll sich dieser Schutz unter Umständen auch auf die Dienstkräfte selbst erstrecken. — Vorläufig hin, Vorläufig her, die Polizei sollte sich immerhin in den Seelenzustand der Arbeitslosen versetzen, wenn sie wochen, ja monatelang umsonst nach Arbeit anstehen und eine Aenderung dieser Zustände in immer weitere Fernen rückt. Die öffentlichen Gewalten in Deutschland sollten in der Zukunft sich auf Menschenpsychologie einstellen, das scheint uns eine dringende Mahnung zu sein. Wir wollen im Augenblick nicht unteruchen, ob alles getan ist, um die Arbeitslosigkeit zu mildern. Die Arbeitslosen könnten aber auf den Gedanken kommen, daß anstatt der Wehrabgaben für polizeiliche Überwachung der Arbeitsnachweise Wehrabgaben für Arbeitsbeschaffung eher am Plage seien. Wie dem auch sei, es ist den Polizeiorganen aber dringend zu raten, ruhig und nicht provozierend ihres Amtes an den Arbeitsnachweisen zu walten. Denn bei der langen und schweren Arbeitslosigkeit könnte das Blut bis zur Gießhöhe im Winter steigen. Und da helfen alle polizeilichen Überwachungen nichts. Denn im hungrigen Magen Eingang finden nur Suppentrog mit Knödeln. Die beste Art, beruhigend zu wirken, scheint uns immer noch zu sein, für Arbeit und genügende Unterföhrung zu sorgen. Gewinnt jeder die Ueberzeugung, daß das Menschenmögliche auf diesem Gebiete versucht worden ist, dann würden u. E. verstärkte Polizeiwachen bei den Arbeitsnachweisen überflüssig sein.

## Briefkasten.

H. A. in B. Der Bericht kam zu spät für die letzte Nummer und ist nun wohl schon überholt. Außerdem ist bezweifelt worden, das Datum der Versammlung anzugeben.

## Literatur.

Gewerkschaftslehre. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Hüning. Jena, Septemberheft 1926. Verlag: Karl Hüning, Verlagshandlung, Jena, St.-Joh.-Str. 30. Vierteljahresabonnement 3,80 RM. Vierteljahres-Informationen. Dienst. Schriftleitung Kurt Heilig, Berlin. Augustheft 1926. Verlag: Karl Hüning, Verlagshandlung, Jena. Monatlich ein Heft. Vierteljahresabonnement 2 RM.

„Urania“ Heft 12. Die sich bei allen nordwärtsstrebenden Menschen immer größerer Beliebtheit erfreuende „Urania“ beschäftigt mit dem vorliegenden Heft ihren 2. Jahrgang. Da ergibt sich Gelegenheit, an Hand des Jahrgangsbüchchens die Fülle des Gebotenen nochmals kurz zu überflüchten und gleichzeitig an alle noch Fernstehende die nachdrückliche Aufforderung zu richten, nicht länger bestes zu stehen und im ureigenen Interesse ab Oktober die inhaltreiche und so erfreulich billige Bildungsschrift für Naturwissenschaftler und Gesellschaftslehre mit ihren wertvollen Beigabebüchern bauernd zu abonnieren. Auch der Inhalt des Jahrgangsbüchchens bringt reiches Material aus den beiden wichtigsten Wissenschaften. Der Naturfreund stellen vor allem die Aufzählung von Erwin Schödl (Mikrobiologisches Institut, Wien) über „Das Diplomander auf Rostke“, von Prof. Corneli Meißner über „Die Gottesgeißel der Insekten“, von Heinrich Caspmann über „Das Perpetuum mobile“, Dr. Richard Dr. Kieckhefer sein Abhandlung über „Fehlhaltung und Bekämpfung der Zeilmut“ fort. Soziologischen bzw. Psychologischen Inhalts sind die Beiträge „Die Dressierfähigkeit des Menschen“ von Dr. G. von Frankenberg und „Unter dem Druck der Verhältnisse“ von Paul Seligmann. Das Heft „Soziales Wandern“ bringt einen bildreichen Reisebericht von Hurlen aus Kuzulien, Interessante Notizen, u. a. zum Thema „Zum Kaderbau“, und eine lebendige Beschreibung der in jeder Weise wertvollen und allgemein verständlich darzustellenden Inhalt. Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht veräumen, unsere Leser auch auf das im Inzententiale dieses Heftes befanntgemachte Preisausföhrchen aufmerksam zu machen. Es sind Bar- und Silberprämien im Gesamtwerte von 1000 RM. vorgesehen.

Für die Woche vom 3. bis 9. Oktober ist die Beitragsmarke in das 40. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserem Kollegen August Meier nebst Frau zu ihrer Vermählung nachträglich herzlichsten Glückwünsche. Zäbille Herford.

Unserem lieben Kollegen Paula Rosenblatt (in Firma Fortschritt) nebst ihrem Bräutigam zu ihrer stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Mitglieder der Zäbille Freiberg i. Br.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schuler, Charlottenburg, Meerfeldstraße 16. Fernspr.: Amt Weiden 1328. — Verlag: F. Ebdorf, Charlottenburg. — Druck: Norddeutscher Buchdruck- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.